

Fraktion DIE LINKE | Zollernstraße 16 | 52070 Aachen

Herrn Städteregionsrat  
Dr. Tim Grüttemeier

Aachen, den 25. September 2019

## **ANTRAG            Für einen Fonds zur Entlastung von kommunalen Altschulden**

Sehr geehrter Herr Dr. Grüttemeier,

hiermit möchten wir Sie freundlich bitten, zum o.g. Punkt folgende Resolution in der Sitzung des Städteregionstages am 10.10.2019 zur Abstimmung zu bringen.

### ***Beschluss:***

1. Die Städteregion Aachen ersucht die Landesregierung darum, ein Konzept für einen Altschuldenfonds zu entwickeln bzw. ein vorliegendes Konzept zu unterstützen mit dem Ziel, die Tilgung der Kassenkredit-schulden nordrhein-westfälischer Kommunen zu ermöglichen.
2. Die Städteregion weist auf die Dringlichkeit des Anliegens hin sowie die auf die durch die derzeitige Niedrigzinsphase gegebene außerordentlich günstige Gelegenheit, zu einer solidarischen und die betroffenen Kommunen entlastenden Lösung zu kommen.
3. Weiterhin wird die Landesregierung von der Städteregion gebeten, sich für eine Beteiligung der Bundesebene an der Tilgung kommunaler Altschulden einzusetzen. Eine dementsprechende Initiative des Landes Bremen sollte unterstützt werden.
4. Schließlich wird die Landesregierung gebeten, durch geeignete Landesgesetzgebung sowie Unterstützung entsprechender Anliegen gegenüber dem Bundesgesetzgeber die Ursachen der dauerhaften Überschuldung vieler Kommunen anzugehen, u.a. durch Entlastung von perspektivisch steigenden Sozialausgaben.

### ***Begründung:***

Das Problem überschuldeter Kommunen ist lange bekannt. Trotzdem sind die bisherigen Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen unzureichend. Vor allem werden seit Jahrzehnten nicht die strukturellen Ursachen dafür angegangen, dass Kassenkredite schon lange nicht mehr ihrem ursprünglichen Zweck dienen, durch Ausgleich unterjähriger Zahlungsspitzen kurzfristige Liquiditätsschwierigkeiten zu überbrücken, sondern faktisch Lückenfüller und dauerhafter Notbehelf geworden sind.

**Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen**

[Vorsitzender: Uwe F. Lühr](#) | [stellv. Vorsitzende: Marika Jungblut](#) | [Geschäftsführung/ Finanzen: Harald Siepmann](#)  
[Fraktionsmitarbeiter: Alban Werner](#) | [Fraktionsassistent: Albert Borchardt](#)

Leider verspricht auch der Bericht der *Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“* vom 10. Juli diesen Jahres nur unzureichend Besserung. Zwar werden darin viele wichtige Ursachenbündel für kommunale Überschuldung angesprochen, aber kaum dauerhafte Vorschläge zur Abhilfe angeboten. Vielmehr werden selbst einmalige Entlastungen den betroffenen Kommunen nur gegen die Zusage in Aussicht gestellt, künftig auf Kassenkredite zu verzichten. Diese Ausgangslage ist inakzeptabel für die betroffenen Kommunen und gerade für die Städteregion, die laut Kommissionsbericht zu den Regionen mit hohem Schuldenstand (Stand 2017: über 1.500 Euro pro EinwohnerIn) gehört. Vielmehr ist festzuhalten:

- Eine stärkere Beteiligung der Bundesebene an der Entschuldung ist doppelt angezeigt, denn einerseits geht die kommunale Überschuldung zu erheblichen Anteilen ursächlich auf Bundesgesetzgebung zurück, andererseits versetzt die hohe Bonität des Bundes ihn in eine komfortable Lage, die Kommunen zu entlasten, wie es ein Altschuldenfonds gestatten würde.
- Kommunen tragen in Deutschland traditionell einen Großteil der öffentlichen Investitionen. Der Bedarf daran wird durch den weithin übereinstimmend als notwendig angesehenen klimagerechten und zugleich sozialverträglichen Umbau in den Bereichen Wohnen, Nahverkehr, Energieversorgung usw. zunehmen. Ohne Entlastung bei den Altschulden ist nicht absehbar, wie die betroffenen Städte und Gemeinden ihren Anteil daran realisieren sollen.
- Verschärfend wirkt hier zusätzlich, dass Gemeinden und Gemeindeverbände zwar nicht unter die sog. Schuldenbremse im Grundgesetz fallen, wohl aber unter den europäischen Fiskalpakt, der die jährliche strukturelle Neuverschuldung des Gesamtstaates (Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen) auf 0,5% des Bruttoinlandsprodukts begrenzt.

Schließlich läge der demokratiepolitische Gewinn eines Altschuldenfonds in der deutlichen Ausweitung der Souveränität kommunaler Haushaltspolitik. Nur eine ausfinanzierte kommunale Demokratie ist lebendig und erlaubt den Bürgerinnen und Bürgern aktive Mitgestaltung.

**Zum Verfahren:**

Die Fraktion DIE LINKE bittet darum, den Beschlussvorschlag wie zuvor formuliert als Beschlussvorschlag in die Sitzungsvorlage der Verwaltung zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe F. Lühr

Marika Jungblut

Kopien an: Fraktionen – Dezernate – Pressestelle –  
Herrn Leyendecker, Frau Juchem, Herrn Jonek, A 10.1